

Häufig gestellte Fragen zur Politik des Mittleren Weges

Echte Autonomie für die Tibeter

1. Was ist die Politik des Mittleren Weges?

Die *Politik des Mittleren Weges für echte Autonomie für das tibetische Volk* (tib. „Umaylam“) ist eine Politik, die Seine Heiligkeit der Dalai Lama 1974 konzipierte in dem Bemühen, die chinesische Regierung zu einem Dialog zu bewegen und einen friedlichen Weg zum Schutz der einzigartigen tibetischen Kultur und Identität zu finden. Es ist eine Politik, die durch eine Reihe von Diskussionen, die über viele Jahrzehnte hinweg zwischen der Tibetischen Zentralverwaltung (CTA, Central Tibetan Administration) und dem tibetischen Volk geführt wurden, demokratisch angenommen wurde. Es ist ein für beide Seiten vorteilhaftes Angebot, das einen mittleren Weg zwischen dem Status quo und der Unabhängigkeit einschlägt, einen Weg, der die gegenwärtige repressive und kolonialistische Politik der chinesischen Regierung gegenüber dem tibetischen Volk kategorisch ablehnt, ohne jedoch die Loslösung von der Volksrepublik China anzustreben.

Es ist ein pragmatischer Ansatz, der die vitalen Interessen beider Beteiligten wahr: für die Tibeter den Schutz und die Bewahrung ihrer Identität und Würde, und für China die Souveränität und territoriale Integrität des Mutterlandes. Er hat 1979 einen direkten Kontakt zwischen den Abgesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und der chinesischen Regierung zustande gebracht und es möglich gemacht, dass vier Erkundungsdelegationen der Exilführung ausgedehnte Reisen in Tibet unternehmen und 1982 und 1984 Sondierungsgespräche stattfinden konnten. Von 2002 bis 2010 fanden neun formelle Gesprächsrunden und ein informelles Treffen zwischen den Abgesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und Vertretern der chinesischen Führung statt.

2. Warum Autonomie anstreben?

Die tibetische Führung ist der Meinung, dass echte Autonomie eine pragmatische Lösung ist, die sowohl Tibet als auch China zum Vorteil gereicht. In der heutigen interdependenten Welt können Länder nicht isoliert, ohne auf andere angewiesen zu sein, existieren. Viele Länder treten heute einige ihrer eigenen souveränen Rechte ab, indem sie sich Staatenbünden wie z.B. der Europäischen Union anschließen.

3. Wie wird echte Autonomie für Tibet aussehen?

Die Tibeter streben nach einer Form der Selbstverwaltung, die es ihnen gestatten würde, ihren eigenen Bedürfnissen gerecht zu werden, ohne jedoch die Einheit und Stabilität der Volksrepublik China in Frage zu stellen. Die Tibeter streben eine Form von Autonomie an, bei der sie Traditionen und das gleiche Wertesystem, die gleiche Sprache, Lebensweise und Geographie teilen. Ihre Vereinigung zu einer einzigen Verwaltungseinheit wäre eine effizientere und effektivere Form des Regierens als die gegenwärtige Struktur, bei der die Tibeter aufgeteilt sind auf die Autonome Region Tibet (ART) und die angrenzenden Provinzen Qinghai, Sichuan, Gansu und Yunnan, die überwiegend von Chinesen bewohnt sind.

Die chinesische Regierung behauptet, dass die tibetische Führung die Absicht habe, „alle Chinesen“ aus den tibetischen Gebieten zu vertreiben. Das *Memorandum über echte Autonomie für das tibetische Volk* jedoch hat in aller Deutlichkeit klargestellt, dass dies nicht der Fall ist: „Wir haben nicht die Absicht, Nicht-Tibeter des Landes zu verweisen. Unsere Sorge gilt der bewusst gesteuerten massenhaften Ansiedlung von überwiegend Han-Chinesen, aber

auch Angehörigen anderer Nationalitäten, in vielen tibetischen Gebieten, was im Gegenzug zu einer Marginalisierung der autochthonen tibetischen Bevölkerung führt.“ Das *Memorandum* fordert, dass die tibetischen Gebiete eine tibetische Mehrheit haben sollten, um die einzigartige tibetische Identität zu bewahren und zu fördern. Der Anteil der tibetischen Bevölkerung in der Volksrepublik China wird auf 6,2 Millionen geschätzt (Quelle: 6. Nationale Volkszählung der VRCh), was etwa 0,47 Prozent der Gesamtbevölkerung Chinas entspricht.

Eine tibetische Regionalverwaltung würde den Schutz und die Förderung der elf Grundbedürfnisse der Tibeter regeln. Dazu gehören:

Sprache, Kultur, Religion, Bildung, Umweltschutz, Nutzung der Bodenschätze, wirtschaftliche Entwicklung und Handel, öffentliche Gesundheit, öffentliche Sicherheit, Regelung der Bevölkerungsmigration, sowie Austausch mit anderen Ländern in den Bereichen Kultur, Bildung und Religion.

Dies steht sowohl im Einklang mit dem Regionalen Nationalen Autonomiegesetz wie auch mit der Verfassung der Volksrepublik China.

4. Erfährt die Politik des Mittleren Weges breite Unterstützung durch das tibetische Volk? Wenn ja, wie hat das tibetische Volk seine Unterstützung gezeigt?

Die Politik des Mittleren Weges wurde als Resultat mehrheitlicher Zustimmung in einer Reihe von Versammlungen und Meinungserhebungen zwischen 1988 und 2010 als offizielle Politik der Tibetischen Zentralverwaltung angenommen. Dies geschah in einem demokratischen Verfahren, bei dem direkt die Meinungen der Vertreter der tibetischen Öffentlichkeit eingeholt wurden. Bei einer weiteren Meinungsumfrage 1997 äußerten 64 Prozent aller Befragten, dass es nicht notwendig sei, ein Referendum abzuhalten, und dass die Befragten jede politische Linie, die der Dalai Lama betreibe, unterstützen würden. Als Reaktion auf das Ergebnis der Umfrage verabschiedete das Tibetische Parlament-im-Exil am 18. September 1997 einstimmig eine Resolution zugunsten der Politik des Mittleren Weges. In ähnlicher Weise bekräftigten auch über 80 Prozent der Stimmen, die während der sechstägigen Ersten Sondergeneralversammlung im November 2008 erhoben wurden, wieder ihre Unterstützung für die Politik des Mittleren Weges. Schließlich wurde im März 2010 erneut einstimmig eine weitere Resolution zur Unterstützung dieser Politik vom Parlament verabschiedet. Somit genießt die Politik des Mittleren Weges die Unterstützung einer überwältigenden Mehrheit der Tibeter.

5. Wie haben die Tibeter innerhalb Tibets ihre Unterstützung für die Politik des Mittleren Weges bekundet?

Obwohl es unmöglich ist, innerhalb Tibets Meinungen offen einzuholen, haben Seine Heiligkeit der Dalai Lama und die Tibetische Zentralverwaltung alles in ihrer Macht Stehende getan, um die Ansichten der dortigen Bevölkerung in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. So wurden z.B. neu aus Tibet eingetroffene Tibeter eingeladen, an dem speziellen politischen Treffen im Juni 1988 teilzunehmen. Auch während einer 1995/96 durchgeführten Meinungsumfrage zu dem Referendum wurden Meinungen aus Tibet gesammelt. Sowohl schriftliche wie mündliche Vorschläge wurden von Tibetern innerhalb Tibets auch für die Erste Sondergeneralversammlung im November 2008 eingeholt. Die Mehrheit dieser Meinungen befürwortete die Politik des Mittleren Weges.

Darüber hinaus erfuhr die Politik des Mittleren Weges auch Unterstützung durch hoch stehende tibetische Führer und Intellektuelle in Tibet selbst, zu ihnen gehört der verstorbene Panchen Lama, der offen seine Unterstützung für die Politik des Mittleren Weges geäußert

hat, und weitere hochrangige Persönlichkeiten wie der verstorbene Ngapo Ngawang Jigme, Baba Phuntsok Wangyal, Dorjee Tseten, Sangye Yeshe (Tian Bao), Tashi Tsering und Yangling Dorjee.

6. Plädiert die Politik des Mittleren Weges nur für kulturelle Autonomie?

Nein, die Politik des Mittleren Weges setzt sich für Selbstverwaltung ein. Diese beschränkt sich nicht auf kulturelle Autonomie. Das *Memorandum über echte Autonomie für das tibetische Volk* zählt im Abschnitt „Grundbedürfnisse der Tibeter“ elf Bereiche der Selbstverwaltung auf, wenn die tibetische Nationalität in der Volksrepublik China unter eine einzige Verwaltung gestellt ist.

Diese „Grundbedürfnisse der Tibeter“ sind folgende:

1. Sprache
2. Kultur
3. Religion
4. Bildung
5. Umweltschutz
6. Nutzung der Bodenschätze
7. wirtschaftliche Entwicklung und Handel
8. öffentliche Gesundheit
9. öffentliche Sicherheit
10. Regelung der Bevölkerungsmigration
11. Austausch mit anderen Ländern in den Bereichen Kultur, Bildung und Religion.

7. Was wird bei einer echten Autonomie für das tibetische Volk aus den Nicht-Tibetern, die in der heutigen Autonomen Region Tibet und den benachbarten tibetischen Siedlungsgebieten leben?

In der *Note zum Memorandum über echte Autonomie für das tibetische Volk* heißt es: „Es ist nicht unsere Absicht, Nicht-Tibeter, die sich auf Dauer in Tibet angesiedelt haben und dort schon seit längerer Zeit leben und aufgewachsen sind, des Landes zu verweisen.“ Was uns Sorge macht, ist die bewusst initiierte massenhafte Ansiedlung von vorwiegend Han-Chinesen, aber auch Angehörigen einiger anderer Nationalitäten, in verschiedenen tibetischen Gebieten, was zu einer Marginalisierung der einheimischen Bevölkerung führt und eine Bedrohung für die empfindliche Umwelt Tibets darstellt. Der Vorschlag, die nicht dauerhaft ansässige Bevölkerung zu regulieren, steht im Einklang mit der chinesischen Verfassung und mit Artikel 43 des Gesetzes über Regionale Nationale Autonomie, der besagt: „Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen sollen die Selbstverwaltungsorgane der nationalen autonomen Gebiete Maßnahmen zur Kontrolle der nicht dauerhaft ansässigen Bevölkerung erarbeiten.“

8. Wird echte Autonomie für das tibetische Volk der Bewahrung seiner Umwelt zugute kommen?

Tibet mit seinem empfindlichen Ökosystem ist die Hauptquelle der großen Flüsse Asiens. Heute erleidet Tibets traditionelle Umwelt irreparablen Schaden. „Umweltschutz“ und „Nutzung der Bodenschätze“ sind unter den Punkten 5 und 6 der Grundbedürfnisse der Tibeter im *Memorandum über echte Autonomie für das tibetische Volk* aufgelistet. Die beschleunigte kulturelle Assimilierung, die Umweltzerstörung und die exzessive Ausbeutung der Bodenschätze sind die Hauptgründe, weswegen die Tibetische Zentralverwaltung ihr

Drängen auf echte Autonomie für das tibetische Volk intensiviert. Von Jahr zu Jahr zeigt sich zunehmend, dass die chinesische Umwelt- und Entwicklungspolitik nicht nachhaltig ist und zu langfristiger Schädigung der Umwelt führt. Ein Beispiel dafür ist das Aufstauen von Flusssystemen, deren Einzugsgebiete bis nach Indien, Pakistan, Burma, Vietnam, Kambodscha, Laos und in das chinesische Kernland reichen und somit fast die halbe Weltbevölkerung betreffen.

9. Warum betreibt die Tibetische Zentralverwaltung die Politik des Mittleren Weges, und was hat diese bislang bewirkt?

Die Politik des Mittleren Weges ist in vielerlei Hinsicht erfolgreich gewesen, u.a. hat sie Kontakte zu Tibetern in Tibet sowie mehrere Dialogrunden mit der chinesischen Führung ermöglicht. Es ist vor allem dieser Politik zu verdanken, dass die Tibetfrage weiterhin nicht nur von einer überwältigenden Mehrheit der internationalen Gemeinschaft, sondern auch vom chinesischen Volk unterstützt wird.

Die Politik des Mittleren Weges hat 1979 direkte Kontakte zwischen der tibetischen Führung und der chinesischen Regierung möglich gemacht, was dazu führte, dass vier Erkundungsdelegationen von Exiltibetern ausgedehnte Reisen in Tibet unternehmen konnten. Diese Delegationen besuchten Lhasa, Shigatse, Lhokha, Kongpo, Nyingtri, Sakya, Lhuntse, Tsona, Tsethang, Gyangtse, Choekhorgyal, Sangagchoeling and Yartok Nakartse in U-Tsang; Kanlho, Siling, Golok, Malho, Ngaba, Zoege in Amdo; Nagchu, Chamdo, Dege, Kardze, Nyarong, Gyalthag, Markham in Kham. 1982 und 1984 trafen führende Vertreter Chinas mit Erkundungsdelegationen aus Dharamsala zu Gesprächen in Peking zusammen. Zwischen 2002 und 2010 fanden neun formelle Gesprächsrunden und ein informelles Treffen zwischen den Abgesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und Vertretern der chinesischen Führung statt. Bis heute haben Tausende von Studenten, Mönchen und Nonnen die Möglichkeit erhalten, im Exil zu studieren und so einen Beitrag zur Bewahrung der tibetischen Kultur und Religion zu leisten.

Die Politik des Mittleren Weges macht es vielen Regierungen möglich, eine lösungsorientierte Tibetpolitik zu unterstützen, und hilft ihnen, die schwierigen und drängenden Probleme Tibets in ihrem Dialog mit China anzusprechen. Nach dem Treffen zwischen Präsident Barack Obama und Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama im Juli 2011 und erneut am 21. Februar 2014 begrüßte das Weiße Haus „das Eintreten des Dalai Lama für Gewaltlosigkeit und Dialog mit China und seine Politik des Mittleren Weges“ und sprach sich für einen „direkten Dialog zur Beilegung der seit langem bestehenden Differenzen“ aus. Die Politik des Mittleren Weges genießt sehr starke internationale Unterstützung als gangbarste Option zur Bewältigung der gegenwärtigen Situation in Tibet. Viele Regierungen haben offiziell ihre Unterstützung für die Politik des Mittleren Weges erklärt, darunter die USA, Indien, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Australien und Neuseeland. Allein in den letzten zwei Jahren wurden Erklärungen, Resolutionen und Anträge zur Unterstützung der Politik des Mittleren Weges unter anderem in den Parlamenten der USA, der EU, Frankreichs, Italiens, Japans, Australiens, Brasiliens, Luxemburgs verabschiedet.

Die Politik des Mittleren Weges erfährt von Jahr zu Jahr mehr Unterstützung von chinesischer Seite, u.a. durch Intellektuelle und Künstler wie Liu Xiaobo, der inhaftierte Nobelpreisträger und Koautor eines Offenen Briefes von 2008, der sich für die Unterstützung der Friedensinitiative Seiner Heiligkeit des Dalai Lama aussprach. Seitdem sind von chinesischen Wissenschaftlern und Schriftstellern über tausend Artikel und Kommentare verfasst worden, die einen Dialog zur Lösung der Tibetfrage befürworten. Dazu gehört ein Bericht der Gongmeng-Verfassungsinitiative, einer in Peking ansässigen juristischen NGO, der die Beschwerden des tibetischen Volkes darlegt und zu einer Revision der Politik aufruft.

2012 schickten 82 chinesische NGOs aus 15 Ländern eine Petition an die Vereinten Nationen, an die EU sowie an verschiedene Parlamente und Regierungen, in der sie diese aufforderten, „auf die chinesische Regierung zu dringen, baldmöglichst Verhandlungen aufzunehmen“. Die Politik des Mittleren Weges wird von einer Reihe führender chinesischer Intellektueller unterstützt, zu ihnen gehören Wang Lixiong, ein bekannter Schriftsteller, Zhang Boshu, Mitglied der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften und Verfassungsexperte, Ran Yunfei vom *Sichuan Literary Periodical*, Yu Haocheng, ein ranghohes Mitglied der Kommunistischen Partei und Rechtsexperte aus Peking, Su Shaozhi, ein ehemaliger Wirtschaftswissenschaftler an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, und Yan Jiaqi, ein enger Mitarbeiter des ehemaligen KPCh-Parteisekretärs Zhao Ziyang.

Zu den führenden Weltpolitikern, die zum Dialog aufgerufen haben, damit die Politik des Mittleren Weges umgesetzt wird, gehören US-Präsident Barack Obama, der ehemalige US-Präsident George W. Bush, die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Navi Pillay, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Lady Catherine Ashton, der ehemalige britische Premierminister Gordon Brown, der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der kanadische Premierminister Stephen Harper, der australische Premierminister Tony Abbot, der ehemalige australische Premierminister Kevin Rudd und der taiwanesischer Präsident Ma Ying-jeou.

Nach dem Treffen zwischen Präsident Barack Obama und Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama im Juli 2011 und erneut am 21. Februar 2014 begrüßte das Weiße Haus „das Eintreten des Dalai Lama für Gewaltlosigkeit und Dialog mit China und seine Politik des Mittleren Weges“ und sprach sich für einen „direkten Dialog zur Beilegung der seit langem bestehenden Differenzen“ aus, da „ein Dialog, der zu Ergebnissen führt, sowohl für China wie auch für die Tibeter gut wäre“.

Die Politik des Mittleren Weges wird auch von einer Reihe von Friedensnobelpreisträgern unterstützt, dazu gehören Desmond Tutu aus Südafrika, Elie Wiesel und Jody Williams aus den USA, Leymah Gbowee aus Liberia, Lech Wałęsa aus Polen, Shirin Ebadi aus Iran, Rigoberta Menchú Tum aus Guatemala, José Ramos Horta aus Osttimor, Adolfo Pérez Esquivel aus Argentinien, Mairead Corrigan Maguire aus Irland und Betty Williams aus dem Vereinigten Königreich.

In einem Offenen Brief, den zwölf Friedensnobelpreisträger 2012 an den chinesischen Präsidenten Hu Jintao richteten, heißt es: „Das Volk von Tibet möchte Gehör finden. Es hat lange nach einer substantiellen Autonomie gestrebt und als Mittel, diese zu erreichen, auf Verhandlungen und freundliche Hilfe gesetzt. Die chinesische Regierung sollte die Tibeter anhören, ihre Klagen verstehen und eine gewaltfreie Lösung finden. Eine solche Lösung wird von unserem Freund und Bruder Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama angeboten, dem es zu keiner Zeit um Loslösung ging und der immer einen friedlichen Weg gewählt hat. Wir fordern die chinesische Regierung nachdrücklich auf, die Gelegenheit, die er für einen gehaltvollen Dialog bietet, zu ergreifen. Einmal eingerichtet, sollte dieser Kanal offen, aktiv und produktiv bleiben. Er sollte die Fragen ansprechen, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen ausmachen und dabei die Würde des tibetischen Volkes und die Integrität Chinas respektieren.“

10. Streben die Tibeter ein „Großtibet“ an und einen „hohen Grad von Autonomie“, wie die chinesische Regierung behauptet?

Unser Streben nach echter Autonomie ist nicht nur der chinesischen Seite in schriftlicher Form klar übermittelt worden, sondern auch der internationalen Gemeinschaft. Das *Memo-*

randum über echte Autonomie für das tibetische Volk und die zugehörige Note sind jedermann zugänglich. Jeder kann prüfen, ob die Anschuldigungen der chinesischen Regierung zu Recht bestehen. Die Tibetische Zentralverwaltung ist der Politik des Mittleren Weges verpflichtet, die weder ein „Großtibet“ anstrebt, noch einen „hohen Grad von Autonomie“, sondern echte Autonomie für das gesamte tibetische Volk unter einer einzigen Verwaltung. Dies steht sowohl mit dem Gesetz über Regionale Nationale Autonomie als auch mit der Verfassung der Volksrepublik China im Einklang.

Die Volksrepublik China hat mit Absicht den Begriff „Großtibet“ formuliert, um die internationale Gemeinschaft irrtümlich glauben zu machen, die Tibeter beabsichtigten eine Lösung oder Abgrenzung der tibetischen Gebiete. Die Tibetische Zentralverwaltung verwendet den Begriff „Großtibet“ nicht. Die drei traditionellen Provinzen U-Tsang, Kham und Amdo waren immer grundlegende Bestandteile des traditionellen Tibets, das sich über das gesamte tibetische Plateau erstreckte. Sie teilen nicht nur dieselbe Geographie und Topographie sondern auch Kultur, Sprache und Religion. Eine Aufteilung Tibets auf verschiedene Provinzen von China ist ein klarer Verstoß gegen chinesische Gesetze und gegen Art. 4 der Verfassung, die das Recht der nationalen Minderheiten anerkennt, regionale Autonomie zu praktizieren „in Gebieten, wo sie in fest umrissenen Gemeinschaften leben“ und „zur Ausübung der Autonomiegewalt Selbstverwaltungsorgane einzusetzen“. 99 Prozent der Uiguren in China leben in der Autonomen Region Xinjiang Uigur, und 95 Prozent der Zhuang leben in der Autonomen Region Guangxi Zhuang. Tibeter dagegen, die in einer einzigen fest umrissenen Gemeinschaft leben, sind auf verschiedene Provinzen aufgeteilt, wobei weniger als 50 Prozent von ihnen in der ART leben, während die Mehrheit in Tibetischen Autonomen Präfekturen und Kreisen in die benachbarten chinesischen Provinzen eingegliedert wurde.

Tibet, das ein Viertel von China ausmacht, ist kein neueres politisches Gebilde, sondern ein natürlich entstandenes Gemeinwesen von Tibetern, die seit Tausenden von Jahren das tibetische Plateau bewohnen. Die Tatsache, dass Tibet ein Viertel von China ausmacht, sollte für die chinesische Regierung kein Anlass zur Sorge sein, weil ein Sechstel von China schon als Autonome Region Xinjiang Uigur etabliert ist und ein Achtel als Autonome Region Innere Mongolei. Darüber hinaus entspricht echte Autonomie für alle Tibeter nicht nur der geographischen Realität Tibets, sondern sie geht auch konform mit deren verwaltungstechnischen Erfordernissen, nach denen die chinesischen Gesetze in diesen Regionen konkret umgesetzt werden sollen, damit die Tibeter in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Angelegenheiten selbständig zu regeln.

Wenn alle Tibeter, die Kultur, Art und Stand der wirtschaftlichen Entwicklung und selbst die Umweltbedingungen auf dem tibetischen Plateau teilen, zusammengefasst zu einer einzigen Verwaltungseinheit leben, wird dies eine effizientere und effektivere Form der Regierungsführung sein, als sie auf die ART und die vier chinesischen Provinzen Qinghai, Sichuan, Gansu und Yunnan mit überwiegend chinesischer Bevölkerungsmehrheit aufzuteilen.

In ähnlicher Weise hat die chinesische Regierung eine massive Propaganda gestartet, um weiszumachen, die Tibeter strebten einen „hohen Grad von Autonomie“ an. In Wirklichkeit erwarten wir von der chinesischen Regierung lediglich, dass sie gemäß der Verfassung der VRCH die Bestimmungen über nationale regionale Autonomie umsetzt. Davon abgesehen haben wir niemals von einem hohen oder niedrigen Grad an Autonomie gesprochen.

11. Steht die Politik des Mittleren Weges mit ihrem Streben nach echter Autonomie für

das tibetische Volk im Widerspruch zur chinesischen Verfassung?

Nein, es steht nicht im Widerspruch zur chinesischen Verfassung. Die Politik des Mittleren Weges, die echte Autonomie für das tibetische Volk unter einer einzigen Verwaltung anstrebt, steht voll und ganz im Einklang mit dem in Art. 4 enthaltenen Verfassungsgrundsatz, der auch in Art. 2 des Gesetzes über Regionale Nationale Autonomie seine Entsprechung findet, nämlich dass „regionale Autonomie in Gebieten zur Anwendung kommt, wo Angehörige nationaler Minderheiten in fest umrissenen Gemeinschaften leben“.

Das Gesetz über Regionale Nationale Autonomie beschreibt regionale nationale Autonomie als „grundlegende Politik der Kommunistischen Partei Chinas zur Lösung der Nationalitätenfrage in China“ und erklärt deren Bedeutung und Absicht in der Einleitung:

Die unter der einheitlichen Staatsführung stehenden nationalen Minderheiten praktizieren regionale Autonomie in Gebieten, wo sie in fest umrissenen Gemeinschaften leben und Selbstverwaltungsorgane einrichten, um ihre Autonomiegewalt auszuüben. Regionale nationale Autonomie bedeutet, dass der Staat die Rechte der nationalen Minderheiten, ihre inneren Angelegenheiten selbstständig zu verwalten, voll und ganz respektiert und garantiert und dass er den Grundsatz von Gleichheit, Einheit und gemeinsamem Wohlergehen aller Nationalitäten wahrt.

Somit sind diese Anschuldigungen haltlos. Vielmehr ist die chinesische Regierung nicht willens, die Rechte, die den Minderheiten gemäß ihrer eigenen Verfassung zustehen, umzusetzen oder anzuerkennen.

Wenn die chinesische Regierung wirklich der Überzeugung ist, das Streben der Tibeter nach echter Autonomie sei verfassungswidrig, dann sollte sie auch belegen können, inwiefern und warum es der Verfassung widerspricht, statt lediglich Anschuldigungen zu machen.